

DER DIE DAS PANTHER

Unabhängiges Informationsblatt der Pantherbewegung für Berlin und Brandenburg No. 4 August 2021

Der, die, das, wer, wie, was, wieso, weshalb, warum?

Erläuterungen in eigener Sache.

Der Panther (Panthera) ist eine Großkatze, die sich von anderen Vertretern der Familie Katzen u.a. dadurch unterscheidet, dass er in der Lage ist, Brülllaute von sich zu geben. Erwarten Sie also nicht, dass wir nur stille Beobachter sind.

Die Partei Graue Panther steht in der Tradition von Trude Unruh und den von ihr initiierten Seniorenschutzbünden. Trude Unruh vertrat als fraktionslose Abgeordnete die Grauen bis 1990 im Deutschen Bundestag und setzte sich nicht nur für die Rechte älterer Menschen, sondern für ein solidarisches Miteinander der Generationen ein: „Jung und Alt gemeinsam“. Außerdem trat sie in besonderem Maße für den verstärkten Schutz der Umwelt und für mehr Demokratie durch Volksbegehren und Volksabstimmungen ein.

Die Partei wurde 2013 neu gegründet und der Berliner Landesverband hat sich 2020 völlig neu aufgestellt.

Das Informationsblatt PANTHER will über die Pantherbewegung und die Arbeit der Partei Graue Panther in Berlin und Brandenburg informieren, ist aber kein offizielles Organ der Partei und redaktionell unabhängig. Nicht alle Beiträge stellen also die Meinung des Vorstandes dar. Die Redaktion ist offen für jede sachliche Diskussion. Hass oder gar Aufrufe zur Gewalt finden allerdings keinen Platz.

Wer kommt hier zu Wort? Mitglieder und Sympathisanten der Pantherbewegung wollen informieren und die öffentliche Diskussion anregen.

Jeder ist aufgerufen, sich zu beteiligen. Kontaktadressen finden Sie auf Seite 15.

Wie finanziert sich die Info? Lesen Sie weiter auf Seite 15

Goldener Handschlag

Selbstbedienungsladen Abgeordnetenhaus



Abschiedsstimmung im Abgeordnetenhaus © Landesarchiv Berlin/Thomas Platow

Mit großer Mehrheit erhöhten sich die Abgeordneten fraktionsübergreifend nicht nur ihre Bezüge, sondern zusätzlich und auch rückwirkend Übergangsgelder und Altersversorgungen exorbitant. Verfassungsrechtler bezweifeln, dass dies verfassungskonform ist. Das Verfassungsgericht jedoch kann das nur überprüfen, wenn es die Täter selbst beantragen!

Fortsetzung auf S.2

Sie haben die Wahl

Die Berliner können am 26. September nicht nur über die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages sondern auch über ihre Abgeordneten im Berliner Abgeordnetenhaus neu entscheiden.

BERLIN
WÄHLT
ANDERS



Und das in einem Jahr, in dem so viele Berliner und Berlinerinnen von der Berliner Politik und deren ewig gleichen Versprechungen so enttäuscht sind wie selten zuvor. Warum Sie trotzdem zur Wahl gehen sollten, welche Alternativen es gibt und wie viel Ihre Stimme wert ist, darüber mehr in diesem Heft ab Seite 2

Seite 3

Der Wahlkampf in Berlin

Seite 4

Wohnungen kaufen statt bauen?

Seite 5

Grün, grüner, am grünsten

Seite 6

Säulen der Alterssicherung

Seite 7

Bürokratie und Datenkrake

Seite 10

Panther ins Parlament

Seite 11

Leserzuschriften

Seite 12

Wahl-O-Mat

Seite 13

Alter ist keine Krankheit

Seite 14

Auktionen

Die andere Art des Verkaufs

Impressum auf Seite 15

Goldener Handschlag Fortsetzung von Seite 1

Am 15.07.2021 griff der rbb in der Berliner Abendschau ein Thema auf, dass sonst eher weniger in die öffentliche Wahrnehmung dringt. Es geht um Einkünfte von Abgeordneten, insbesondere um die Bezüge, die sie nach Beendigung ihrer Abgeordnetentätigkeit erhalten.

Als sich die Abgeordneten Ende 2019 auf Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, Linke, Grüne und FDP ihre laufenden Bezüge (im Gesetz „Entschädigungen“ genannt) deutlich erhöhten, wurde dies mit gestiegenem Aufwand begründet. Man wolle nunmehr kein Teilzeitparlament mehr sein, sondern sich in Vollzeit der Abgeordnetentätigkeit widmen. Der Bund der Steuerzahler kritisierte die Erhöhung damals insbesondere unter dem Aspekt, dass die Zahl der Abgeordneten in Berlin hoch ist und damit erhebliche zusätzliche Kosten auf die Allgemeinheit zukommen. Immerhin bekommt jeder Abgeordnete heute 6532 Euro Entschädigung, dazu eine steuerfreie Kostenpauschale von 2664 Euro und bis zu 4598 Euro für die Beschäftigung von Mitarbeitern, die geschickt eingesetzt, die zeitaufwändigsten Arbeiten erledigen können.

Dass im selben Gesetz auch die Altersversorgung aufgestockt und zudem großzügige Übergangsgelder für ausscheidende Abgeordnete beschlossen wurden, drang bisher kaum in die breite Öffentlichkeit. Jetzt ist es aber soweit: Viele Abgeordnete werden in die neue Vertretung nicht mehr einziehen, profitieren aber von diesen Regelungen. Darunter z.B. besonders der Präsident des Abgeordnetenhauses Ralf Wieland (SPD), der auf Grund dieses Gesetzes neben einer guten Altersversorgung ohne eigene Beiträge zusätzlich für 18 Monate über 13.000 Euro „Übergangsgeld“ erhält. Wohl gemerkt ohne jede Gegenleistung zum Nutzen der Bürger, die dies zahlen.

Der gelernte Speditionskaufmann, dessen Berufsleben sich aber SPD-typisch überwiegend in der Politik abspielte, ist sich keiner Schuld bewusst, obwohl es in seiner Hand lag, zusammen mit seinen Genossen das Verfassungsgericht anzurufen, um dort eine unabhängige Überprüfung dieser Bezüge auf ihre Angemessenheit zu ermöglichen. Diese Abgeordnetenkarriere vom Juso-Vorsitzenden in Trier zum Chef der Selbstversorger in der Berliner Volksvertretung wirft die Frage auf: Wollen wir wirklich immer wieder die Selben wählen? Ein Wechsel ist nötig und das bezieht sich nicht nur auf die Person des Herrn Präsidenten des Abgeordnetenhauses. Die im September neu gewählten Abgeordneten haben es in der Hand, eine Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit solcher Beschlüsse zum eigenen Nutzen einzuleiten. Und das werden bestimmt nicht die Abgeordneten aus den Parteien angehen, die diesem Gesetz in seltener Einmütigkeit zugestimmt haben.

Rechtswissenschaftler bezweifeln insbesondere die Rechtmäßigkeit einer rückwirkenden Aufstockung von Altersbezügen für Zeiten, in denen nach eigenem Bekunden ja weniger, nämlich in Teilzeit gearbeitet wurde.

Ein bezeichnendes Licht auf das soziale Feingefühl einiger Volksvertreter wirft die Tatsache, dass der Gang zum Verfassungsgericht zwar versperrt wurde, jetzt aber frühere Abgeordnete beim Verwaltungsgericht klagen, um selbst auch noch rückwirkend in den Genuss dieser Neuregelungen zu kommen.

Der Artikel von Gabi Probst zur Thematik kann auch jetzt noch auf der Internetseite des rbb unter dem Titel „Berliner Abgeordnete sichern sich rückwirkenden Geldsegen“ nachgelesen werden.

Sie haben die Wahl Fortsetzung von Seite 1

Nicht wenige meinen, wählen lohnt nicht, meine Stimme ändert eh nichts. Doch was bewirkt diese Art der Stimmenthaltung oder auch Stimmverweigerung? Die politische Legitimität der Wahl wird geschwächt. Das kann durchaus beabsichtigt sein. Auswirkungen auf die Zusammensetzung des Parlaments oder gar einer Regierung hat es allerdings nicht. Im Gegensatz zu den teils erforderlichen Mindestbeteiligungen bei Volksabstimmungen, gelten die Kandidaten einer Bundes- oder auch Landtagswahl bei jeder Wahlbeteiligung als gewählt. Im Extremfall würde es also genügen, wenn nur sie selbst sich wählen. Deshalb wäre eine gesetzliche Mindestbeteiligung als letzter Schutz des Wahlvolkes etwa gegen Wahlmanipulation oder Pseudowahlen wie in der DDR im Sinne der Demokratie durchaus vorstellbar.

Soweit sind wir allerdings noch nicht: Es gibt Alternativen. Nur sind diese eher selten bei den seit Jahren immer gleichen Berufspolitikern zu finden. Viele Parteien versprechen dem Wähler viel, sind dann aber vor allem Vertreter ihrer eigenen Interessen und ihrer Funktionäre.

Vor Jahrzehnten traten die Grünen unkonventionell vor allem für Belange des Naturschutzes ein. Die sind heute aber, zumindest in der Zielsetzung, breiter Konsens. Die Partei und ihre Funktionäre unterscheiden sich allerdings kaum noch von anderen großen Parteien. Sie genehmigen sich selbst Privilegien und Zusatzeinkommen (siehe z.B. Berliner Abgeordnetenversorgung) und fordern mehr Gesetze, Regelungen und Restriktionen für alle anderen Bürger. Ihre Lobbyverbindungen sind nicht weniger ausgebaut, auch wenn sie andere Industriezweige und andere Partikularinteressen vertreten. Letztlich soll hier nur eine Melkmaschine durch eine andere oft noch perfidere und rücksichtslosere ersetzt werden. Zahlen muss immer der arbeitende Bürger.

Wie lautet also die Alternative: Solange die Bürger nicht selbst über wichtige Gesetze abstimmen dürfen, bedarf es eines steten Wechsels in den Volksvertretungen und dort weniger Parteidisziplin und Fraktionszwang. Unterstützen Sie vor allem mit Ihrer Zweitstimme auch kleine Parteien, deren Kandidaten nicht in den Politikbetrieb eingebunden sind. Die Partei Graue Panther ist nicht nur eine verlässliche Interessenvertreterin für die Belange der älteren Generation, sondern steht auch für soziale Ausgewogenheit und Sicherheit ohne ideologische Vorgaben und für ein vertrauensvolles Miteinander der Generationen. Ihre Kandidaten aus den verschiedensten Schichten der Bevölkerung stehen vor allem für eines: Sie wollen als Abgeordnete die Arbeit von Regierung und Verwaltung im Interesse der Bürger kontrollieren, ohne selbst Ämter und Posten außerhalb des Parlamentes anzustreben.

Wichtig auch: Selbst wenn der Einzug neuer Parteien in die Parlamente durch eine undemokratische 5% Klausel erschwert wird, können Sie mit jeder abgegebenen Stimme zu deren Gunsten den millionenschweren Altparteien ein wenig von der steuerfinanzierten Parteienfinanzierung entziehen und die kritischen Stimmen unterstützen.

Das Parteiengesetz sieht vor, dass staatliche Mittel, also unser Steuergeld, den Parteien nach Maßgabe ihrer Wahlstimmen regelmäßig zufließen. Große Parteien haben sich daneben z.B. über die Förderung ihrer Stiftungen inzwischen nicht unerhebliche zusätzliche Mittel zugeleitet.

Bitte beachten Sie auch unseren Aufruf auf der Rückseite des Informationsblattes.

Der Wahlkampf in Berlin 2021

Am 8.8. hat der Straßenwahlkampf in Berlin offiziell begonnen. Vor allem die Werbung der großen finanzstarken Parteien ist seitdem unübersehbar. Parteien geben für den Wahlkampf in Berlin diese Kosten an:

Grüne 2,4 Millionen Euro, SPD 1,8 Millionen Euro, Linke 1,4 Millionen Euro. Damit will die Linke z.B. über 25.000 Plakate hängen. Auf den Plakaten der etablierten Parteien finden sich vornehmlich die mehr oder weniger bekannten Gesichter und die ebenfalls bekannten Versprechen und Schlagworte. Kleinere Parteien versuchen es mit anderen teils emotionalen oder überraschenden Bildern und wieder andere versuchen, kaum finanzierbare Versprechen der Großen einfach noch zu übertrumpfen.



Abgerissene Plakate. Hier hat es die Grünen getroffen.



Plakat der Tierschutzpartei gegen Altersarmut



Plakate der Partei Graue Panther, der für Wahlwerbung gerade mal eine vierstellige Summe zur Verfügung steht und die sich deshalb über freiwillige Helfer besonders freut. Siehe auch S.16



Zum Auftakt des Monats gab es in Berlin am 1. August schon einen „Straßenkampf“ der anderen Art.

Nachdem im August des vergangenen Jahres in Berlin riesige Demonstrationen für mehr Demokratie und gegen freiheitsbeschränkende Maßnahmen stattfanden, wurden die in diesem Jahr verboten. Während im vergangenen Jahr ausgesprochene Verbote noch an den Gerichten scheiterten, befanden diese die Verbote jetzt als rechtmäßig, dies unter Bezug auf eine angebliche gesundheitliche Gefährdung der Allgemeinheit, obwohl andere Freiluftveranstaltungen wie der CSD - Umzug und diverse Sportveranstaltungen stattfinden durften.

Trotz des Verbots und eines erheblichen Polizeiaufgebotes demonstrierten Zehntausende in vielen Teilen der Stadt und lieferten der teilweise überforderten Polizei ein Katz und Maus oder auch Hase und Igelenspiel. Wäre der Hintergrund einer fortschreitenden Aushöhlung von Grundrechten kein so ernster, könnte man das Ganze für ein Spiel halten, das allerdings auch Verletzte forderte.



Unter den Linden am Vormittag

Als Polizeikräfte sich Unter den Linden offensichtlich unerwartet einer überwältigenden Überzahl an Demonstranten gegenübersehen und darauf mit eskalierender Gewalt reagierten, änderte sich der verbreitete Ruf des Tages „Frieden, Freiheit, Demokratie“ und es schallte Ihnen ein „Nazis raus, Nazis raus“ entgegen.

Betroffen zogen sich Einsatzkräfte hier zurück und die Demonstranten durchbrachen weitere Polizeisperren im Zentrum der Stadt, während auch in anderen Stadtbezirken jeweils hunderte bis tausende Demonstranten Straßen und Plätze mit Protestzügen füllten, so am Alexanderplatz, auf der Bismarckstraße, Hofjägerallee, Holzmarktstraße, Holtzendorffstr., Reichsstraße und andernorts.

Nach Polizeiangaben wurden schließlich allein an diesem Tag fast 1000 Demonstranten festgenommen. Es gab etliche Verletzte unter Demonstranten und Polizisten, ein Mensch starb nach der Festnahme an einem Herzinfarkt. Dies alles wäre nicht nötig gewesen, wenn die angemeldeten friedlichen Kundgebungen auf dem weitläufigen Gelände Straße des 17. Juni, Großer Stern und Tiergarten nicht durch die Berliner Behörden verboten worden wären.



Die ersten Verletzten

Fortsetzung nächste Seite



Demonstranten formieren sich in der Hofjägerallee

Wasserwerfer und Panzerfahrzeug am Großen Stern

Neuer Demonstrationzug am Nachmittag auf der Schloßbrücke

Bilder: Pantherfoto, weitere Aufnahmen von dpa und AFP z.B. auf morgenpost.de/berlin/232935929

Die Volksabstimmung zur Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen

Wohnungen kaufen statt bauen ?

Vor fast zwei Jahrzehnten verkaufte der rot-rote Senat zigtausende Wohnungen aus kommunaler Trägerschaft an private Wohnungsbauunternehmen. Das dies ein Fehler und auch der vereinbarte Verkaufspreis zu niedrig war, sieht heute die Mehrheit der Beobachter. Das Geld war schnell ausgegeben und es wurde seither eher weniger als mehr gebaut. Jetzt versuchen die Befürworter der Initiative, diesen Fehler mit dem nächsten zu beheben.

Sie hoffen dabei darauf, eine größere Zahl von Immobilien deutlich unter dem Verkehrswert erwerben zu können. Dass dies gelingt, darf bezweifelt werden. Bisher haben nur „angemessene“ Entschädigungen die Hürden der gerichtlichen Überprüfung genommen und das dürfte teuer werden, zumal voraussichtlich zusätzliche Sanierungskosten auf neue Eigentümer zukommen.

Durch den Volksentscheid wird vorerst eigentlich nichts entschieden, denn der Senat wäre durch ihn nur aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen. Da die erforderlichen Milliardenbeträge von der ohnehin verschuldeten Stadt Berlin nicht aufgebracht werden können, setzen die Initiatoren denn auch auf eine Entschädigung in Form von langlaufenden Bonds statt Bargeld. Das dürfte nicht nur die Realisierung noch unwahrscheinlicher machen, sondern selbst im Erfolgsfall eigene Bauaktivitäten für die nächsten 40 Jahre eher weiter ausbremsen. Dabei gibt es schneller und sicherer umsetzbare Lösungen, die zudem weitere Investoren nicht abschrecken, sondern anziehen können.

Der Streit um den besten Weg für den Berliner Wohnungsmarkt ist verhärtet und längst nicht mehr zielorientiert.


Eine Besinnung auf das eigentliche Ziel fordern Vertreter der Panther und bringen zahlreiche praktikable Lösungsansätze ins Gespräch. Dazu zählt z.B. die Erleichterung von preiswerten Aufstockungen und die Bereitstellung von Bauland auf Pachtbasis verbunden mit Bürgschaften für zinsgünstige Kredite an private, genossenschaftliche und kommunale Bauherren.

Der Kandidat für das Abgeordnetenhaus der Partei Graue Panther Stephan Hild hat eine umfangreiche Analyse des Istzustandes erstellt und eigene Vorschläge damit verbunden.

Volksentscheid
über einen Beschluss zur Erarbeitung eines Gesetzentwurfs
durch den Senat zur Vergesellschaftung der Wohnungs-
bestände großer Wohnungsunternehmen
 am 26. September 2021

Stimmzettel

*bitte einmal so ankreuzen
und nach innen zusammenfallen*



Abgestimmt wird über den Beschluss zur Erarbeitung eines Gesetzentwurfs durch den Senat zur Vergesellschaftung der Wohnungsbestände großer Wohnungsunternehmen, der im Amtsblatt für Berlin vom 6. August 2021 veröffentlicht ist und im Wesentlichen folgenden Inhalt hat:



Nachdem es schon früher Anschläge auf Fahrzeuge des Immobilienunternehmens VONOVIA gab, wurden in der Nacht zum 11. August fast zeitgleich 5 weitere Fahrzeuge in verschiedenen Stadtteilen in Brand gesetzt. Dabei wurden auch andere Fahrzeuge beschädigt. Pantherfoto

Grün, grüner, am grünsten

Warum viele Alte umweltverträglicher leben als mancher junge Klimaaktivist

Grün ist „in“. Grün ist in aller Munde, „Grün“ und „Bio“ verspricht uns die Werbung jetzt für alle Waren, die uns verkauft werden sollen. Und die Politik überbietet sich darin, ihre Programme ebenfalls als grün zu verkaufen. Doch was meint das? Letztlich geht es darum, dass wir Menschen mit wachsendem Wohlstand, mit steigenden Ansprüchen und einfach durch unsere schiere Zahl immer mehr natürliche Ressourcen verbrauchen und vor allem einen immer größeren Einfluss auf unsere natürliche Umgebung nehmen.

Da auch der Mensch ein Wesen der Natur ist, das von dieser in vielfältiger Weise abhängig ist, gilt es unseren gesamten Fußabdruck, also unseren Einfluss auf die Natur so gering wie möglich zu halten. Und das obwohl wir doch immer zu Recht so stolz auf unsere technischen Errenschaften waren und nicht wenige von einem Sieg über die Natur träumten.

Wer hinterlässt heute aber den stärksten Abdruck, wer verbraucht die meisten Ressourcen, wer erzeugt die meisten umweltschädlichen Produkte, verunreinigt die Luft, den Boden und die Meere?

Sind es Rentner, die bereits in ihrer Jugend gelernt haben, auch mit deutlich weniger auszukommen, als uns die Konsumwelten von heute versprechen? Ist es derjenige, der sein kleines Auto auch noch länger als 20 Jahre fährt oder ist es der smarte Weltbürger mit modernem superschweren Hybridfahrzeug? Beim Auto gilt sicher das, was auch für viele andere technischen Hilfsmittel zutrifft: Nur ein nicht gebautes Auto ist ein umweltfreundliches Auto. So schön ein Elektroauto vielleicht auch ist: Die Batterien des neuen Autos sind der Sondermüll von morgen. Jedes zusätzliche Windrad ist ein Eingriff in die Natur und muss nach relativ kurzer Lebensdauer wieder recycelt werden, was gegenwärtig nur unvollkommen gelingt. Es gilt also: Weniger ist mehr. Weniger vom überflüssigen Konsum ist ein Mehr an Umweltschutz. Wegwerfmentalität, Markengläubigkeit und Modernisierungswahn treiben die Umweltzerstörung an. Auch die so gepriesene schnelle, ungebremste und weitgehend unregulierte Digitalisierung macht da keine Ausnahme. Der weltweite Stromverbrauch der digitalen Medien ist inzwischen deutlich höher als der aller privaten und industriellen deutschen Verbraucher zusammengenommen. Jeder Klick, jede Google-Anfrage löst energieintensive Rechenleistung aus. Den höchsten Verbrauch aber verzeichnen die immer beliebter werdenden Streamingdienste. Ein Fernsehfilm wird nur einmal gesendet, ein Stream ggf. millionenfach.

Allein die Erzeugung und Verwendung der neuen Kryptowährungen lässt den Energieverbrauch drastisch ansteigen. Eine Bitcoin-Transaktion verbraucht fast so viel Energie wie eine halbe Million Kartenzahlungen.

Dutzende große Kohlekraftwerke erzeugen Ihren Strom nur für die Funktion dieser virtuellen Währung.

Eine Münze muss nur einmal produziert werden und geht dann nahezu ohne Abnutzung durch tausende Zahlvorgänge und das ohne eine Datenspur zu hinterlassen.

Muss ein Kühlschrank oder ein Kinderspielzeug an das Internet angeschlossen sein?

Immer mehr Fahrräder kommen ohne Batterie und Motor nicht mehr aus. Dabei ist doch gerade Selbst strampeln das Gesunde am Fahrradfahren. Statt im Wald läuft man auf einem strombetriebenen Fitnesslaufband auf der Stelle,



statt Einkauf in der Nähe wird im Internet geordert, statt dem gemütlichen Kaffee aus eigener Tasse gibt's einen hektischen „Kaffee to go“ aus dem Papp- oder Plastikbecher. Fast alles ist mehrfach verpackt und fast nichts kann mehr repariert werden.

Kleinerzeuger dürfen Ihre natürlich hergestellten Produkte nicht „Bio“ nennen, weil sie sich die teuren Gebühren der Zertifizierungsmafia nicht leisten können. Großkonzerne sind plötzlich grüner als Selbsterzeuger.

Nein Danke! Wenn wir grün sehen wollen, gehen wir in den Wald, wenn wir grün essen wollen am besten in den Schrebergarten.



Panther während einer Fahrradtour u.a. mit dem Plakat: ERHALT DER SCHREBERGÄRTEN Pantherfoto

Die drei Säulen der Alterssicherung - welche wackelt am meisten ? Von Ulrich Hackhe

Die Rente ist sicher versicherte uns ja schon der Arbeits- und Sozialminister Norbert Blüm im Wahlkampf 1986. Ein legendär gewordenes Wort. Allerdings hat er nicht erwähnt, wie hoch die sichere Rente sein würde und schon gar nicht, was man sich davon würde leisten können.

Wenn eine noch so hohe Rente von Mieten, progressiv steigenden Steuern, Krankenkassenbeiträgen und ÖPNV aufgezehrt wird, nützt die nominale Höhe der Rente wenig. Unter der ab 1998 regierenden rotgrünen Regierung wurde propagiert, die Altersversorgung solle auf drei Säulen ruhen: 1. Der sanierten gesetzlichen Rentenversicherung, 2. der betrieblichen Altersvorsorge und 3. der privaten Absicherung. Hört sich gut an: Drei starke Säulen sichern unseren Wohlstand im Alter.

Der Privatrentendschungel

Nur leider wackeln die Säulen mehr oder minder stark. Vor allem die private Vorsorge hat nicht die Erwartungen erfüllt, die an sie gestellt worden sind. Riesterrenten, die 2001 mit großem TamTam der Öffentlichkeit vorgestellt wurden, gelten nach anfänglicher Euphorie heute als Geldvernichtungsmaschinen. Die private Altersversorgung stellt sich ohnehin als eine Art Dschungel dar. Die staatlichen Zulagen werden in der Regel von den Gebühren aufgeessen. Michael Jäger, Professor für Wirtschaft an der FUB, hat an einem Musterbeispiel ausgerechnet, dass ein heute 30-jähriger mindestens 92 Jahre alt werden muss, um überhaupt seine Beiträge wieder herauszubekommen.

Die Zeitschrift Öko-Test warnte bereits im Jahr 2011 generell vor dem Abschluss einer Riesterrente. Seit 2021 warnt eine Verbraucheralianz, bestehend aus Verbraucherzentrale, Bund der Versicherten und Bürgerbewegung Finanzwende, vor den Folgen der Riesterrente. Fazit: Die Riesterrente sei unsozial und unwirtschaftlich. Das nennt man umgangssprachlich: „Das Projekt ist gescheitert.“ Auch die seit 2005 eingeführte Rürup-Rente für sozialversicherungsbefreite Selbständige krankt an ähnlichen Problemen. Die klassischen Möglichkeiten privater Altersvorsorge wie Sparbriefe, Lebensversicherungen und Anleihen werfen im Zeitalter der Nullzinspolitik keine Renditen mehr ab. Bleibt für die private Altersvorsorge nur noch Spekulation oder der Erwerb von Immobilien. Galt letzteres früher als sichere Bank, so ist ein Einstieg ins Immobilieneigentum heute trotz niedrigster Kreditzinsen problematisch, weil erfolgversprechende Immobilien bereits extrem überteuert sind. Oder sie befinden sich schon im Besitz von Spekulanten, die schneller waren als man selbst.

Der Eckrentner ist (sich) immer sicher

Es ist äußerst unwahrscheinlich, dass die gesetzliche Rente gegen die Wand fährt. Da hat der Norbert Blüm wohl doch recht gehabt! Jetzt die Frage konkret gestellt: Reicht die gesetzliche Rente zu einem Leben mit Wohlstand im Alter. Der Eckrentner - das hört sich so lustig an wie Otto Normalverbraucher - erhält im Osten eine Rente in Höhe von 1.332,36 €, im Westen von 1.370,85 €. Der Eckrentner ist aber nur eine statistische Bezugsgröße mit einem idealisierten Versicherungsverlauf. Ein Blick auf konkrete Zahlen verschafft mehr Erkenntnisse. Die Durchschnittsrente liegt deutlich niedriger als die Eckrente. Bei männlichen Westrentnern liegt sie bei 1.169,00 €, bei weiblichen Westrentnern gar nur bei 700,00 €. Im Osten lauten die Zahlen 1.264,00 € und 1.033 €. Das zeigt schon, dass es sehr knapp werden kann, wenn man nur auf die durchschnittliche staatliche Rente angewiesen ist.

Schlagwortartig könnte man sagen, dass das ganze schöne Geld, das bei Riester, Rürup und Maschmeyer versenkt worden ist, für eine finanzielle Neuaufstellung der RV-Bund besser angelegt worden wäre. Eine Rentenversicherung muss sich ständig anpassen, um den sich rasch verändernden gesellschaftlichen Verhältnissen gerecht zu werden. Bei Einführung der Rentenversicherung in Deutschland lag die durchschnittliche Lebenserwartung für männliche Arbeiter bei 56 Jahren, das Mindesteintrittsalter in die Rente war 70 Jahre. Der Versicherungsmathematiker würde von einem guten Risiko sprechen. Aber können wir uns derartige Verhältnisse überhaupt noch vorstellen? Lieber nicht!

Betriebsrenten - wohin?

Für viele Rentner stellt die Betriebsrente den Unterschied zwischen gerade einmal so auskommen und bescheidenem Wohlstand dar. Grundsätzlich kann jeder Arbeitnehmer von seinem Arbeitgeber den Abschluss einer Betriebsrentenvereinbarung verlangen. Dem Arbeitgeber eröffnen sich dabei verschiedenen Möglichkeiten vom Pensionsfonds bis zur Direktversicherung. Glücklicher, wer eine solche Rente hat, noch glücklicher derjenige, dessen Beiträge zum Beispiel aufgrund eines Tarifvertrages vom Arbeitgeber gezahlt werden. Aber auch hier ist nicht alles Friede, Freude und Eierkuchen. In Frontal 21 vom 20.02.2021 wurde noch einmal drastisch dargestellt, in welchem Maße Sozialkassen und Finanzämter sich an den Betriebsrenten bedienen. Allerdings sind inzwischen tatsächlich die Krankenkassenbeiträge auf Betriebsrenten gesenkt worden. Ein Beispiel dafür, dass permanente Kritik an staatlichen Regeln durch die Öffentlichkeit doch etwas bewirken kann. Wegen der Probleme der Nullzinspolitik stehen bei den Betriebsrenten eigentlich auch nur noch Umlagesysteme einigermaßen positiv dar.

Fazit: Trotz aller Missstände besteht kein Grund zur Verzweiflung. Eine Alternative zur umlagefinanzierten Rente dürfte im Augenblick nicht gegeben sein, gleicht aber immer ein wenig dem Ritt auf der Rasierklinge. Deswegen bedarf sie der gründlichen Ertüchtigung und Reform an Haupt und Gliedern. Riester und Rürup muss man wohl abschreiben.



Schon vor Jahren stürzt ein Rentner vor dem Kanzleramt. Die Kanzlerin kommt und sagt: „Wenn ich Ihnen jetzt aufhelfe, sollten sie mich aber auch wieder wählen.“ „Na hören Sie mal: Ich bin doch auf den Hintern und nicht auf den Kopf gefallen.“

Ist die Rentenfrage nur ein Einzelproblem einer unbedeutenden Gruppe von Kleinrentnern? Nein - vor allem heute Erwerbstätige sind noch mehr betroffen. Die haben doch ein Recht auf eine irgendwie geartete Alternative zur Arbeit bis zum Umfallen. Selbst Beamte, die sich oft fälschlich auf einer Insel der Seligen wähnen, sind betroffen. Deren Versorgung wird sich künftig eher an der allgemeinen Rentenhöhe als an anderen Margen, etwa der Versorgung von Abgeordneten, orientieren. Wirtschaftliche Alterssicherung wird keine Frage des Mangels an Mitteln sein, sondern eine Frage der gerechten Verteilung des von der Gesellschaft erwirtschafteten Mehrwertes.

Auch wenn die hier zwangsläufig nur kurz angerissenen Fragen eher die Bundespolitik betreffen, so sind auch die Länder gefragt. Sie wirken über den Bundesrat bei der Rentengesetzgebung mit. Und vor allem müssen Länder und Kommunen bei den Betriebsrenten mit gutem Beispiel vorangehen und für ihre Arbeitnehmer akzeptable Versicherungsverhältnisse schaffen. In Berlin sind die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes überwiegend in der VBL zusatz-versichert. Aber die war Anfang dieses Jahrtausends auch schon einmal fast pleite. Und schließlich ist es Aufgabe der Länder und Kommunen Lebensbedingungen zu schaffen, die es allen Menschen ermöglichen, ein Leben in Würde und ohne Einschränkung zu führen. Das fängt bei der Wohnungspolitik an und endet nicht bei Kultureinrichtungen und dem öffentlichen Personennahverkehr.

Die Zeiten ändern sich schnell. Da ist effektives Handeln gefordert, gerade auch bei der Rentenversicherung. Ein weiter so wursteln, darf es nicht mehr geben.

Damit stellt sich auch bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus die Frage: Wem gebe ich meine Stimme? Wer steht auf meiner Seite, wenn es um ein Leben im Alter frei von wirtschaftlichen Sorgen geht?

Bürokratie und Datenkrake lieben dieses Land

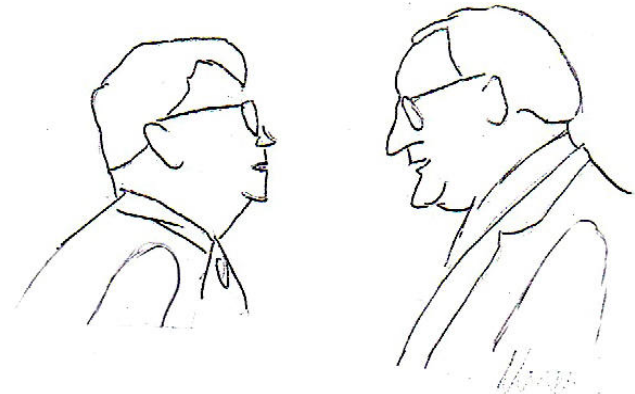
Ein Beispiel unter vielen: Das Eichgesetz

Alle 5 Jahre ist es wieder so weit: Die Wasserzähler werden in deutschen Mietwohnungen getauscht. Das deutsche Eichgesetz schreibt es so vor. Genauer gesagt beträgt die gesetzliche Eichfrist 6 Jahre für Kaltwasserzähler und 5 Jahre für Warmwasserzähler, da es aber wirtschaftlich keinen Sinn macht, die Handwerker noch öfter zu bestellen, werden beide Zähler zumeist gleichzeitig gewechselt. Gewechselt nicht gegen neu geeichte Gebrauchtzähler, sondern regelmäßig gegen neue Zähler, da der neue Zähler deutlich weniger kostet als eine Eichung. Dabei haben Untersuchungen schon vor Jahren gezeigt, dass die Zähler eine wesentlich längere Lebensdauer haben und auch noch nach 20 Jahren regelgerecht funktionieren. Und so betragen vergleichsweise Fristen z.B. in Frankreich 18 und in Spanien etwa 23 Jahre.

Neuwertiger Wasserzähler mit Zählerstand unter 3 m³ vor der Entsorgung



Dieser Beitrag unseres Lesers, den wir mit Einverständnis des Autors gekürzt abgedruckt haben, belegt einmal mehr wie dringend unser Rentensystem einer grundlegenden Reform bedarf, die auch seitens der Panther gefordert wird. Da eine umfassende Reform auch unter Einbindung vieler weiterer Versicherter offensichtlich derzeit nicht durchzusetzen ist, kommt aus den Reihen der Panther auch ein Vorschlag für eine leichter zu verwirklichende Zwischenlösung, die vor allem das Problem der Kleinrenten trotz langer Beitragszeiten entschärfen könnte. In der Rentenformel müssten dafür die Beitrags- und ggf. Ersatzzeiten gegenüber der Beitragshöhe stärker gewichtet werden. Ein aus rechtlicher Sicht nötiger Bestandsschutz für die kleinere Zahl negativ Betroffener würde dabei nur vorübergehend belastend wirken. Die Redaktion



Treffen sich zwei Bundtagsabgeordnete. Fragt der eine: „Sag mal, was hast du in deiner Rede heute über die Rentenreform gesagt?“ „Nichts natürlich“ antwortet der Gefragte. „Klar, aber wie hast du das formuliert?“

Aber in Deutschland wandern Millionen brauchbare Wasserzähler in den Schrott. Nicht nur das: Die teuren Wechselkosten erscheinen direkt oder indirekt auf den Nebenkostenabrechnungen der Mieter, die damit deutlich mehr für diese bezahlen, als wirklich erforderlich.

Zudem fordert das neue Eichgesetz auch noch vom Vermieter, dass er die neuen Wasserzähler seiner Mieter beim Eichamt anmeldet! Immer mehr Überwachung und immer mehr statt weniger sinnlose Bürokratie.

Den Abbau solcher und ähnlicher Vorschriften fordern verschiedene Experten aber auch einige Politiker immer wieder. In der Praxis werden es ihrer aber immer mehr.

Offensichtlich meinen auch viele Parlamentarier eine gute Arbeit bestünde darin, immer mehr Gesetze und Regularien zu verfassen.

Was das Eichgesetz angeht, ist dieses auch in anderen Teilen völlig aus der Zeit gefallen. In einer Zeit, in der z.B. moderne Digitalwaagen sehr preiswert und zuverlässig genaue Ergebnisse anzeigen, müssen sämtliche Waagen im Handel in kurzen Abständen immer wieder teuer geeicht werden. Was bei einer Labor- oder Apothekenwaage vielleicht noch einen Sinn macht, ist im täglichen Handel einfach nur ein mittelalterliches Relikt und teurer bürokratischer Unfug.

Leider lassen sich die Beispiele fortsetzen. Deshalb gilt es, endlich mit der Entstaubung unserer Gesetze zu beginnen und die Flut immer neuer Regularien zu beenden.

SIE HABEN DIE WAHL

WAHL ZUM BERLINER ABGEORDNETENHAUS 2021

WAHLAUFRUF

DER PARTEI

GRAUE PANTHER

Wir Berliner können am 26. September nicht nur über die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages, sondern auch über die Abgeordneten im Berliner Abgeordnetenhaus neu entscheiden.

Viele Berliner sind von Ankündigungen und Versprechungen der Politiker, fehlenden Umsetzungen, Täuschungen, Verfehlungen und Inkompetenz so enttäuscht, wie selten zuvor.

Mit unserer Teilnahme an den Wahlen können wir verändern.

Wir bitten Sie: Wählen Sie.

Und wählen Sie mit Ihrer **Zweitstimme** die Partei

GRAUE PANTHER

Warum sollten Sie das tun?

Die Partei steht in der Tradition von Frau Trude Unruh, einer politisch aktiven Frau mit großer Strahlkraft, die auch die bundesweiten Seniorenschutzbünde gründete. Trude Unruh vertrat als fraktionslose Abgeordnete die Partei Graue Panther bis 1990 im Bundestag und setzte sich primär für die Rechte älterer Menschen und ein solidarisches Miteinander der Generationen ein.

2013 stellte sich die Partei neu auf und 2020 hat sich der Berliner Landesverband neu konstituiert. Wir treten in Berlin primär zur Verbesserung der Lebenssituation älterer Menschen an, denen wir Stimme und politisches Gewicht geben wollen. Die Generation 50+ muss mehr Gehör im politischen Geschehen unserer Stadt finden. Bei vielen Bürgern unserer Stadt ist der Eindruck entstanden, dass sich Rot-Rot-Grün primär um Randprobleme kümmert und dabei Wesentliches wie Armutsprobleme, Pflegenotstand, Ausbau der Infrastruktur, Modernisierung der Verwaltung, Wirtschaftsförderung und innere Sicherheit nicht mit der nötigen Intensität verfolgt wird.

Unsere 10 Kandidaten für das Abgeordnetenhaus im Alter von 35 - 78 Jahren waren bisher nie Mitglieder einer politischen Partei. Wir haben uns entschlossen, Berliner Politik nicht Berufspolitikern, Funktionären und Lobbyisten zu überlassen. Mit Herz, Verstand und auch Lebenserfahrung wollen wir in Berlin die Menschen erreichen, die keine Heimat mehr bei den etablierten Parteien finden.

Wenn Sie uns Ihre Stimme geben, vergeben Sie einen Auftrag, den wir ernst nehmen.

Unser Berliner Landesverband bietet viel mehr als etablierte Parteien die Möglichkeit, sich mit Ihrer persönlichen Meinung, Ideen und Mitarbeit einzubringen. Nehmen Sie Kontakt mit uns auf und informieren Sie sich:

Wir freuen uns auf Sie



Siegfried Goosmann
Landesvorsitzender Graue Panther



Graue Panther Berlin
sg@graue-panther.de
Tel. 0171 5105949

Spendenkonto:
DE 13 1004 0000 0520 5398 00

Briefpost:
10717 Berlin, Uhlandstr. 120
10317 Berlin, Frankfurter Allee 270

Die inhaltliche Ausrichtung der Partei Graue Panther

- Am Gemeinwohl orientiertes Handeln unter Mitwirkung der Bürger durch Förderung von Volksinitiativen und Volksentscheidungen auf allen Ebenen.
- Begrenzung der Regulierungswut durch Gesetze, Verordnungen und Erlasse, mehr wirtschaftliche Dynamik durch Bürokratieabbau.
- Wir setzen uns für eine soziale und ökologische Steuerreform ein, die Steuern verstärkt nach dem Verursacherprinzip einschließlich Folgeschäden erhebt und ökologisches und ressourcensparendes Verhalten belohnt. Kleinrenten und Mindestlohn müssen über eine deutliche Erhöhung des Grundfreibetrages steuerfrei gestellt werden.
- Umbau des Rentensystems zur Vermeidung von Altersarmut. Die Rentenformel ist diesem Ziel anzupassen und alle Bevölkerungsteile müssen in Rentensysteme einzahlen.
- Förderung von Mehrgenerationsfamilien- und projekten.
- Förderung von Familien mit mehreren Kindern und Alleinerziehenden, z.B. durch einen verbindlichen Haushalts- bzw. Familientag. Anpassung der Öffnungszeiten von Kindereinrichtungen an die Bedürfnisse.
- Gesundheitsvorsorge, Rehabilitation und Pflege verbessern. Dazu gehört die finanzielle Besserstellung pflegender Angehöriger und auch die Eindämmung des massenhaften Missbrauchs von Antibiotika insbesondere in der Massentierhaltung.
- Personen, die nach einem rechtsstaatlichen Verfahren kein Aufenthaltsrecht in der Stadt haben, müssen zeitnah abgeschoben werden.
Sozialbetrug ist deutlicher zu sanktionieren.

Das wollen wir in Berlin u.a. kurzfristig konkret bewirken

- Mehr Beachtung der Bedürfnisse älterer Mitbürger bei Errichtung und Erhalt unserer Infrastruktur. Dazu gehören neben der Förderung von altengerechtem Wohnen z.B. angepasste Ampelphasen, zusätzliche öffentliche Toiletten, auch weiterhin analoge Kontaktmöglichkeiten bei allen Behörden und mehr Seniorenthemen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.
- Die Berliner Feuerwehr muss personell und materiell bestens ausgestattet werden, um den besonderen Anforderungen der Hauptstadt gerecht zu werden.
- Die Rettungszeiten, die Zeit vom Eingehen eines Notrufes bis zum Eintreffen der Rettungskräfte, können und sollen in Berlin deutlich verkürzt und wie in anderen Bundesländern vorgegeben werden.
- Ambulante Behandlungsmöglichkeiten verbessern, Rettungsstellen entlasten
- Erhalt der Berliner Kleingartenanlagen, Ausbau und Pflege Berliner Parks
- Verbesserung bei der Verwertung von Altstoffen. Wiederaufnahme der kostenlosen Abholung von Sperrmüll und mehr Altglas- und Wertstoffcontainer.
Wir fordern die drastische Verringerung oder den voll recycelbaren Ersatz von überflüssigen Verpackungen u.a. in der Gastronomie. Wer z.B. meint, seinen Kaffee „to go“ „genießen“ zu müssen, sollte einen zusätzlichen Beitrag zum Umweltschutz leisten.

BERLIN WÄHLT ANDERS

Berliner Zweitstimme:

GRAUE PANTHER



PANTHER ins PARLAMENT

Berichte über die Aktivitäten der Panther anlässlich der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin

Eine entspannte Fahrradtour im Mai bildete den Auftakt, inzwischen finden weitere Touren statt. Die Touren werden jetzt angemeldet, dadurch begleitet uns die Berliner Polizei. Diese aber bisher nicht mit dem Fahrrad, sondern standesgemäß im Streifenwagen. Auch Autotouren durch die Stadtbezirke sollen noch folgen. Und vielleicht solche mit gemischter Beteiligung, also gern vom Tretroller, Fahrrad und Motorrad bis zur Stretchlimousine. Gemäß dem Motto „Alt und Jung gemeinsam“ und der Devise „Kein Verdrängungskampf - Berlin hat für alle Platz“



Auf den Seiten 8 und 9 dieser Ausgabe finden Sie die Anzeige der Partei Graue Panther mit einem Wahlaufufruf in dem sich auch die wichtigsten aktuellen Eckpunkte finden, für die Panther gemeinsam stehen. Dieser Wahlaufufruf wird auch als Flyer verteilt, ebenso wie andere thematische Drucke und ein vierseitiger Flyer mit der Vorstellung aller Kandidaten zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses. Diese Unterlagen können ebenso wie weitere Ausgaben des PANTHER gern kostenlos bestellt werden. Vieles findet sich auch im Internet unter grauepantherberlin.de.

Mehr Briefwähler erwartet

Nachdem für die Teilnahme an der Briefwahl seit 2008 keine besondere Begründung mehr benötigt wird, ist die Zahl der Briefwähler stetig gestiegen und angesichts der anhaltend erklärten pandemischen Lage dürfte sich die Zahl weiter erhöhen. Die Briefwahl ist nicht unproblematisch. Einerseits natürlich komfortabel und besonders für behinderte oder zeitweise verhinderte Menschen praktisch, fehlt hier andererseits die Kontrolle des Wahlgeheimnisses völlig. Niemand weiß, in welcher Umgebung gerade alte und abhängige Menschen die Stimmzettel ausfüllen.

Die Berliner Wähler werden vier Wahlumschläge füllen müssen: Zu den Bundestagswahlen und den Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Berlin kommen noch die für die Bezirksverordneten und eine Volksabstimmung (s.S.4).

Also schon eine nicht ganz leichte Aufgabe zu erklären, warum die Partei Graue Panther nur auf einem der Wahlzettel zu finden ist: Mit Listenplatz 10 auf dem Wahlschein zur Abgeordnetenhauswahl.

Im Mai und Juni mussten Unterstützerunterschriften gesammelt werden, wie von allen Parteien, die bisher nicht im Abgeordnetenhaus vertreten sind. Inzwischen sind genügend Unterschriften anerkannt worden und so finden sich die Panther auf Listenplatz 10 des Stimmzettels zur Berliner Abgeordnetenhauswahl.



Zwischenstation Unter den Linden und ein Fernseh-Interview vor dem Roten Rathaus im Anschluss an die Tour mit Frau Dr. Vetter und dem Landesvorsitzenden Siegfried Goosmann.

Landtagswahl in Thüringen geplatzt

In Thüringen haben Linke, SPD und Grüne zwar unter Duldung der CDU eine Regierung gebildet, aber keine Mehrheit im Landtag. Eigentlich versprach man sich, diesen Zustand durch Neuwahlen zu beenden. Bereits im April verschoben, ist die Wahl im September jetzt auch endgültig gescheitert. Linke und Grüne zogen ihren Antrag zurück. Angeblich weil man nicht zusammen mit der AfD für diesen Antrag stimmen wollte. Welch ein Demokratieverständnis! Die AfD muss jetzt wohl nur noch jedem sinnvollen Gesetz zustimmen, um es so sicher zu verhindern.

Daneben drängt sich dem Beobachter aber auch wieder der böse Verdacht auf, dass etliche Abgeordnete ganz einfach Angst vor einer Neuwahl haben und dann doch lieber drei weitere Jahre die Versorgung des hohen Hauses genießen wollen, auch wenn dessen Handlungsfähigkeit durch sie schwer geschädigt wird.

Einige Parteien hatten zudem schon in den Vorwahlkampf investiert und können hohe Beträge abschreiben. Auch die Grauen Panther wollten sich an der Wahl in Thüringen beteiligen. Das ist ihnen jetzt bis auf weiteres verwehrt.

Informieren Sie sich über die Aktivitäten des Berliner Landesverbandes der Partei Graue Panther

Wenn Sie sich für die Arbeit der Berliner Panther interessieren und z.B. über neue Termine und Aktivitäten informiert werden wollen, besuchen Sie die Internetseite grauepantherberlin.de oder kontaktieren Sie uns über sg@graue-panther.de 0171-510 79 49.

PANTHER Leserzuschriften

Uns erreichen immer mehr Zuschriften und Meinungsbekundungen. Den Raum für unsere Leser haben wir deshalb erweitert, trotzdem sind es inzwischen zu viele um sie alle noch zeitnah zu veröffentlichen. Wir freuen uns aber über das große Echo und die aktive Beteiligung der Leser.

Frau G. I. aus Berlin meint zur Diskussion um mehr **Fahrradwege:**

Ich möchte mal sagen, dass ich als älterer Mensch im Verkehr inzwischen wesentlich mehr Angst vor den Radfahrern habe, als vor anderen Verkehrsteilnehmern. Ein Autofahrer begegnet mir eher selten auf dem Gehweg und auch an den Kreuzungen und Übergängen halten sich Autofahrer an die Ampelphasen und es gibt sogar ab und an besonders freundliche, die mich als erkennbar gehbehinderte Seniorin etwas langsamer laufen lassen. Dagegen rasen manche Radfahrer ohne jeden Abstand an mir vorbei und erschrecken mich sehr. Fahrradwege sind also gut, nur wäre es schön, wenn Radfahrer dann auch nur dort fahren würden.



Problematisches Aufeinandertreffen für Radfahrer und Fußgänger, hier auf einem Teilabschnitt der sonst sehr belebten Frankfurter Allee.

Ähnlich äußert sich in dem Zusammenhang Herr Beck:

Ich fahre schon über 30 Jahre unfallfrei Auto und habe immer versucht, Radfahrer besonders zu beachten, denn die haben nun mal keine Knautschzone wenn's eng wird. Jetzt bin ich auch gesetzlich verpflichtet, einen Abstand von mindestens 1,50 Metern beim Überholen einzuhalten. Radfahrer dagegen überholen wartende oder im Stadtverkehr langsam fahrende Autos oft mit nur wenigen Zentimetern Abstand links wie rechts. Oft sieht man die unerwartet auftauchenden Fahrer erst spät. Dieses rechts überholen ist Radfahrern sogar erlaubt, unter der Bedingung, dass ausreichend Platz vorhanden ist. Was jedoch ausreichend ist, legt jeder Radler, je nach seiner Fahrweise, anders aus. Da kann es schon mal sehr eng werden.

Im eigenen Interesse sollten sich Radfahrer bewusst sein, dass sie aus dem Auto heraus leicht übersehen werden. Gleiches gilt auch für das Fahren bei Dunkelheit oder Regen. Einige meinen offensichtlich, wenn sie das Auto sehen, muss dessen Fahrer ja auch sie sehen. Etwas mehr Vorsicht wäre angebracht, denn selbst bei vorschriftsmäßiger Beleuchtung ist ein Fahrrad durch regennasse Scheiben schwer zu erkennen.

W.D. aus Berlin-Lichtenberg schickt uns diesen Kommentar von Livia Gerster aus dem Portal der FAZ und fragt, ob wir das zitieren dürfen. Also geprüft und gekürzt zitiert:

In Spanien ist es schon so weit, in Deutschland vielleicht bald: **Das biologische Geschlecht soll auf den Müllhaufen.** Achtung, es wird speziell. In den Nischen des Internets tobt ein Krieg um Chromosomen und Vulven. Nur manchmal dringt er ans Licht der Öffentlichkeit und mündet in Gesetze. Aktuell in Spanien. Dort reicht künftig eine mündliche Absichtserklärung, um offiziell vom Mann zur Frau zu werden und umgekehrt. In Deutschland wollen die Grünen ein ebensolches Selbstbestimmungsgesetz einführen, für alle ab 14 Jahren, ohne Angabe von Gründen, ohne Beratung. Wer eine Transgender-Person bei ihrem abgelegten Namen nennt, müsste dann mit einer Geldbuße bis zu zweitausendfünfhundert Euro rechnen.

20 Jahre Krieg für nichts, schreibt Bernd B. und weiter: Da wurde die Bundesrepublik angeblich 20 Jahre am Hindukusch verteidigt und jetzt stellt sich heraus, dass wir mit viel Geld und Blutzoll den Gegner ausgebildet und ausgerüstet haben. Entgegen aller Warnungen aus militärischen Kreisen, wussten es einige Politiker und Politikerinnen wieder besser.

Was soll man erwarten, wenn die höchsten Ämter und Ministerien nicht nach Sachverstand, sondern nach Parteibuch besetzt werden. Im Bund zwei Verteidigungsministerinnen ohne militärische Grundkenntnisse nacheinander, in Berlin eine Polizeipräsidentin, die sich Innensenator Geisel (SPD) passend ausgesucht hat. Bekommen wir demnächst wieder eine Bundeskanzlerin, die alles besser weiß und alles für uns regeln wird?

Herr N.H. fragt diesmal: **Hasst die EZB-Präsidentin die Rentner?**

Millionen Rentner haben ihr Leben lang Ersparnis auf die Bank gebracht und für den Notfall und das Alter auf die Seite gelegt. So haben sie es gelernt. Jetzt werden sie bestraft. Banken verlangen Strafzinsen und auch ohne diese wird das Ersparnis durch die Inflation aufgefressen. Daran will Frau Lagarde auch in den nächsten Jahren nichts ändern.

Zahlreiche Zuschriften erreichen uns zur

Pflegeproblematik.

Einige davon berichten von gestressten Pflegekräften in der ambulanten Versorgung, andere verstehen nicht, wieso sie als pflegende Angehörige bei einem deutlich höheren Zeitaufwand so viel weniger finanziellen Ausgleich erhalten als die Pflegeunternehmen. Herr Martin meint sogar: Unser Gesundheitswesen ist nicht so vorbildlich gut, wie es sich oft selbst feiert. Denn es erreicht das Hauptziel nicht: Natürliche Gesundheit und Wohlbefinden bis ins Alter.

Der Landesvorsitzende der Partei Graue Panther Siegfried Goosmann hat sich dem Thema auch angenommen und schreibt dazu: Deutschland und auch Berlin besitzt ein Gesundheitssystem, um das wir weltweit beneidet werden. In unserer Stadt sind Kliniken und medizinische Forschungsstätten von Weltruf ansässig. Unser Gesundheitssystem ist allerdings auch eines der teuersten und die Zahl der chronisch Erkrankten und dauerhaft behandelten Patienten besonders hoch. Deshalb ist die Frage nach der Effizienz des Systems erlaubt.

Die wirkungsvollste Medizin ist die Vorsorge. Hier besteht aber anerkanntermaßen Handlungsbedarf. Finanzielle Anreize der gegenwärtigen Gesundheits- und Pflegegesetzgebung gehen in die falsche Richtung.

Gesundheitsbewusste Lebensweisen werden kaum unterstützt. Im Gegenteil bestehen Tendenzen zur Übermedikation, nicht wirklich erforderlichen Eingriffen, vorzeitiger Hospitalisierung und stationärer Pflege. Diese Tendenz wollen wir verändern. Das erfordert grundsätzliche Reformen, zu denen wir uns bekennen. Berlin kann diese im Alleingang nicht stemmen.

Wir können aber: Ambulante Versorgung stärken, Rettungsstellen entlasten, soziale Dienste ausbauen.

Wir setzen uns für das Prinzip „Rehabilitation vor Pflege“ ein. Dieser Grundsatz ist im Pflegegesetz verankert und dennoch weicht die Praxis davon erheblich ab. Auch wir fordern eine finanzielle Besserstellung pflegender Angehöriger. Diese übernehmen nicht nur eine humanistische Aufgabe, sie entlasten auch das Pflegesystem in erheblichem Umfang.

Gern können Sie Beiträge senden oder Fragen stellen. Bitte dabei angeben, ob Sie mit einer Veröffentlichung einverstanden sind. Eventuell erforderliche Kürzungen behalten wir uns vor.



Der Wahl-O-Mat: Erfolgsmodell der Demokratie oder Propagandainstrument für Partikularinteressen?



Der seit 2002 bestehende Wahl-O-Mat wird von der Bundeszentrale für politische Bildung betrieben und finanziert. Wikipedia bezeichnet die Plattform als internetbasierte Wahlempfehlungsanwendung. Die Betreiber selbst allerdings sind da wesentlich zurückhaltender: In der Rubrik „Mein Wahl-O-Mat-Ergebnis - und jetzt?“ wird empfohlen, das Ergebnis nicht als Wahlempfehlung, sondern lediglich als Startpunkt zur weiteren Beschäftigung mit den Parteien zu nutzen. Darunter auch dieses Zitat: „Überlegen Sie, ob es weitere für Sie interessante und wichtige Themen gibt, die leider nicht von einer der 38 Wahl-O-Mat-Thesen abgedeckt werden. Informieren Sie sich zum Beispiel auf den Internetseiten der Parteien über diese Themen.“

Zu Recht, denn dies ist eine der größten Schwächen der Plattform: Wer bestimmt die Auswahl der Fragen und wer formuliert sie?

In die Wahl-O-Mat Redaktion werden ausschließlich Interessenten im Alter von 18-26 Jahren aufgenommen!

(Bei dem allgemeinen gesellschaftlichen Interesse für dieses steuerfinanzierte Projekt hätte eine Klage wegen Altersdiskriminierung vor dem Verfassungsgericht wohl gute Aussichten auf Erfolg!).

Wer trifft die Auswahl unter den Bewerbern für die redaktionelle Mitarbeit und wie werden Fragen von der Redaktion formuliert? Chef der Bundeszentrale für Politische Bildung ist bereits seit 2000 der SPD-Politiker Thomas Krüger. Die Berliner Landeszentrale wird kontrolliert von einem Kuratorium, dem 10 (Partei-) Mitglieder des Abgeordnetenhauses angehören. (3xSPD, 2x CDU, 2x Linke, 2x Grüne, 1x AfD) Leiter der Berliner Landeszentrale ist seit 2014 der aktive SPD-Politiker Thomas Gill. Dieser war vor Übernahme dieses Amtes 17 Jahre Geschäftsführer der Bildungsstätte der sozialistischen Jugend. Von einer überparteilichen Ausrichtung

kann also bei diesen Institutionen keine Rede sein. Und dies schlägt sich sowohl bei der Auswahl der Fragen als auch bei deren Formulierung nieder.

Viele der Fragen des Berliner Wahl-O-Mat beziehen sich auf Spezialthemen, die für die große Mehrheit der Berliner eher von untergeordnetem Interesse sein dürften. Dagegen werden andere Bereiche überhaupt nicht erfasst. Im Wahl-O-Mat für die Wahl in Sachsen-Anhalt fand sich tatsächlich noch eine (von 38!) Fragen, die wenigstens indirekt auch die Belange älterer Bürger berührte. Bei der Berliner Ausgabe sind Senioren- und andere wichtige soziale Belange selbst unter den 80 zur Vorauswahl erarbeiteten Fragen überhaupt nicht vertreten!

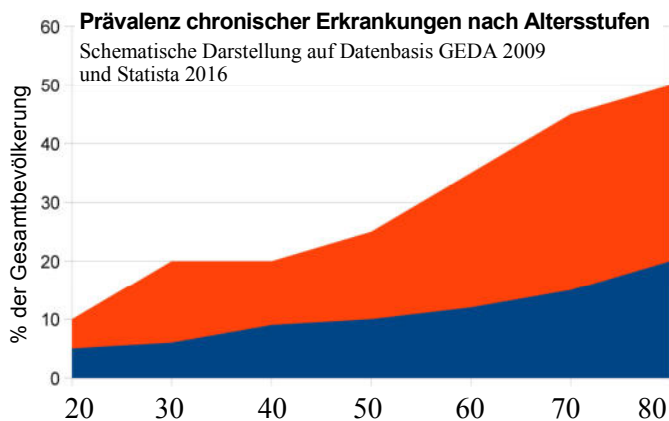
Unter diesen Bedingungen darf man sich wohl fragen, ob der Wahl-O-Mat in dieser Aufstellung überhaupt aus steuerlichen Mitteln bezahlt werden darf.

Inzwischen gibt es auch Alternativen zum Wahl-O-Mat, die allerdings nicht an dessen Verbreitung heranreichen. Der WahlSwiper www.voteswiper.org funktioniert vor allem auf dem Handy schnell und übersichtlich. Ein interessantes Extra: Man kann persönlich für wichtig erachtete Fragen doppelt gewichten. Allerdings sind die Funktionen ansonsten begrenzt, man bekommt keine Erläuterungen durch die Parteien und auch diese Plattform gibt nicht an, nach welchen Kriterien sie ihre Fragen auswählt. Die Auswahl obliegt nach eigenen Angaben Politikwissenschaftlern der Uni Freiburg u.a. Universitäten. Der Voteswiper feiert sich dafür, dass er die Plattform in 10 Sprachen anbietet. Dies dürfte allerdings eher ein Werbegag sein, denn an Bundes- und Landtagswahlen dürfen in Deutschland nur Deutsche teilnehmen und die sollten denn doch genügend deutsch verstehen um diese Fragen zu erfassen. Seit neuestem ist der Betreiber ein Verein i.G. und der WahlSwiper ein Open-Source-Projekt.

Alter ist keine Krankheit

Gesundheit und Leistungsfähigkeit in jedem Alter sind keine Utopien

Gesundheit steht auf fast jedem Wunschzettel ganz oben. Wir wünschen uns selbst und für andere immer und zu jedem Anlass vor allem Gesundheit. Dabei wünschen wir uns Gesundheit als würde diese nur von außen gegeben als Geschenk, als Schicksal oder göttliche Fügung und verkennen dabei, dass wir unsere Gesundheit in stärkerem Maße selbst beeinflussen können als viele andere Parameter unseres Lebens.



Die obere Kurve zeigt den gegenwärtigen Istwert, die untere theoretisch erreichbare Werte nach Abzug der durch die Lebensweise hervorgerufenen oder beförderten Erkrankungen.

Das beeindruckende an dieser Darstellung ist der riesige rote Bereich. Dieser zeigt die Reserven an Gesundheit und Lebensqualität, die wir alle aktivieren können. Mit jedem Erfolg dabei gehen auch Einsparungen von Kosten im Bereich des Gesundheitswesens und eine Steigerung der gesamtgesellschaftlichen Leistungsfähigkeit im Multi-milliardenbereich einher.

Zu diesem Thema soll demnächst ein Buch in unserem Verlag erscheinen. Darin wird neben einer Analyse des gegenwärtigen unzureichenden Gesundheitssystems gezeigt, wie es besser gehen könnte. Vor allem aber wie jeder Einzelne es auch heute schon in der Hand hat, sich eines gesunden Lebens in jedem Alter zu erfreuen. Unter Einbindung vorhandener wissenschaftlicher Grundlagen zeigen Ärzte und Betroffene vor allem an Hand von eigenen Erfahrungen und praktischer Beispiele auf, was heute fast alle Mediziner wissen, aber im täglichen Medizinbetrieb kaum anwenden: Eine gesunde Lebensweise ist der beste Garant für die fast völlige Verdrängung der meisten Krankheiten. Gesundheit als Normalzustand bis ins hohe Alter, Krankheit als die seltene Ausnahme, der gegenüber sich Wissenschaft und Medizin immer besser gerüstet sehen.

Unser Organismus ist jeden Augenblick damit beschäftigt, uns gesund zu erhalten. Milliarden T-Zellen bilden eine leistungsfähige Immunabwehr und der Körper ist in jedem Alter erstaunlich trainierbar und anpassungsfähig. Trotzdem haben viele Menschen verlernt, auf dessen natürliche Kräfte zu setzen.

„Sie haben das Vertrauen in die Selbstheilung verloren, in die Fähigkeit, Krankheitszustände selbst zu überwinden.“ sagt Prof. Tobias Esch, Leiter des Instituts für integrative Gesundheitsversorgung an der Universität Witten/ Herdecke dazu. Und Prof. Thomas Loew vom Uniklinikum Regensburg bestätigt: „Selbstheilung ist keine Alternativmedizin. Sie ist Teil guter Medizin.“

Auch die Feststellung „Alter ist keine Krankheit“ ist keine neue. Sie wurde bereits vor fast 2000 Jahren von Galenos formuliert. Trotzdem verbinden wir heute geradezu selbstverständlich nur die Jugend mit Gesundheit und Leistungsfähigkeit. Dabei gibt es doch zahlreiche Beispiele auch älterer Senioren, die sowohl ihre körperliche als auch geistige Leistungsfähigkeit erhalten haben oder gar erst im fortgeschrittenen Alter Höchstleistungen erbringen.



Auch Leistungssport ist in jedem Alter möglich

Die Mehrheit aller chronischen Erkrankungen kann also allein durch eine gesunde Lebensweise und darüber hinaus können auch viele Akuterkrankungen durch Unterstützung unserer natürlichen Selbstheilungskräfte verhindert oder gelindert werden.

Und das ist weder eine Frage des Geldes noch des Alters. Nahezu jeder kann von den Erkenntnissen und praktischen Tips des Buches profitieren. Da geht es um einfache und teils unerwartete Ernährungsratschläge ohne jede Diät, da geht es um Bewegung, die Spaß macht, und z.B. Wege zum positiven Denken ohne esoterische Extras.

„Mein Arzt meinte, ich soll mehr Pizza essen.“
Welcher Arzt sagt sowas ? „Dr. Oetker“

Lesen Sie einfach und unterhaltsam etwas über die Wunderwelt von Körper und Geist oder vertiefen Sie sich in die Problematik dank des umfangreichen weiterführenden Anhangs mit nützlichen Verweisen.

Das Buch befindet sich in Vorbereitung und wird preiswert angeboten, voraussichtlich unter 20 Euro.

Außerdem können unsere Leser als Vorbesteller ohne Kaufverpflichtung (es geht uns einfach darum, ein Maß für Ihr Interesse zu finden) den Preis um weitere 5 Euro senken. Dazu können Sie den abgedruckten Gutschein einschicken oder einfach eine unverbindliche Vorbestellung per Mail mit diesem Rabattcode vornehmen: PANTHER0421. info@artemon.de

Die Postanschrift des Verlages entnehmen Sie bitte dem Impressum auf Seite 15.



Auktionen

Der Verkauf an den Meistbietenden - Seit Jahrtausenden bewährt und heute geschätzter und verbreiteter denn je

Die Geschichte der Auktion ist wahrscheinlich älter als die des Geldes. Sie ist also als eine schon zu Zeiten der Naturalwirtschaft naheliegende Handelsform. Belegt sind Auktionen durch Berichte des griechischen Historikers Herodot bereits für Epochen, die mehr als 2500 Jahre zurück liegen.

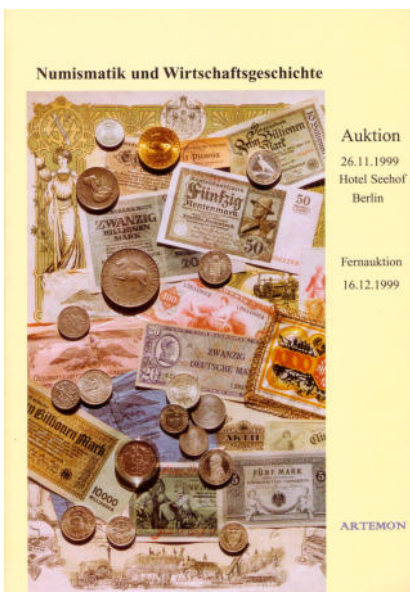
Heute werden nahezu alle denkbaren Produkte und auch Dienstleistungen über Auktionen verkauft. Während in früheren Jahrzehnten vor allem die großen traditionellen Auktionshäuser für Kunst und Antiquitäten Beachtung auch in der allgemeinen Öffentlichkeit fanden, sind es heute Internetauktionen, auf die praktisch jeder ständig Zugriff hat.



Grundsätzlich besteht zwischen Internetauktionen wie ebay und ähnlichen und den durch einen zugelassenen Versteigerer geleiteten Auktionen aber in Deutschland ein erheblicher rechtlicher Unterschied: Die genannten Internetauktionen sind rechtlich nämlich nicht als Auktionen im Sinne der Versteigererverordnung anerkannt. Für sie gilt deshalb grundsätzlich z.B. das Fernabgabegesetz, was zur Folge hat, dass der Verkäufer auch nach erfolgtem Zuschlag nicht sicher mit seinem Geld rechnen kann, sondern dem Käufer auch ohne triftigen Grund ein Rückgaberecht zusteht.

Kleinigkeiten aller Art kann heute jeder im Internet selbst versteigern (richtiger also an den Meistbietenden verkaufen), bei Wertgegenständen aber ist die Zuhilfenahme eines spezialisierten Auktionshauses zu empfehlen. Dort wird nicht nur eine fachlich korrekte Beschreibung erstellt sondern auch der spezielle oft auch internationale Kundenkreis für die jeweiligen Objekte angesprochen. Ebay u.a. Internetanbieter werben zwar mit einem Millionenkundenpotential, die Realität ist jedoch eine andere. Das kann jeder erleben, wenn er die Zugriffszahlen und vor allem die realen Gebote beobachtet. Viele ernsthafte und zahlungskräftige Sammler nutzen diese Plattformen vor allem wegen der unsicheren Herkunfts- und Haftungsfragen nicht und so kommen hier eher professionelle oder hobbymäßige Schnäppchenjäger zum Erfolg.

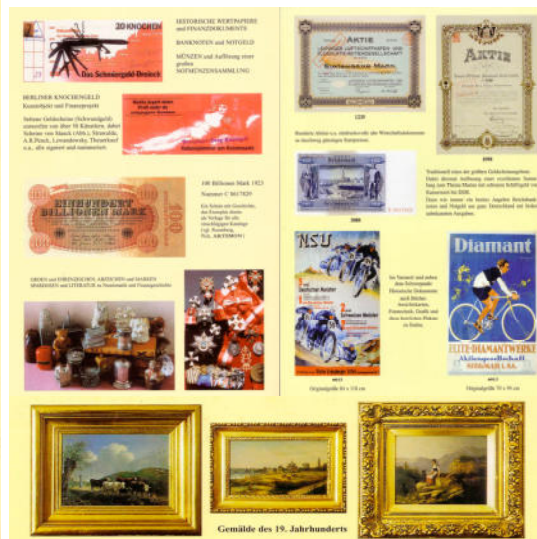
In der beliebten Fernsehserie „Bares für Rares“ bekommen Fernsehzuschauer einen kleinen Einblick in die fachliche Expertise, die einer Versteigerung vorangeht. Die eigentliche Auktion läuft dann jedoch etwas anders ab als in der Fernsehproduktion, denn auch hier handelt es sich nicht um eine Versteigerung, sondern lediglich um den Verkauf an einen Meistbietenden. In der Sendung häufig zu höheren Preisen als in der täglichen Realität. Beim Ankauf durch einen Händler werden regelmäßig geringere Summen geboten, da bei diesem neben den Steuern auf jeden Verkauf viele weitere Kosten für seinen Geschäftsbetrieb anfallen und schließlich auch noch ein Überschuss erwirtschaftet werden muss. Dazu kommt sein Risiko, durch einen zu hohen Einkaufspreis die Ware nicht wieder absetzen zu können. Zumindest dieser letzte Faktor entfällt bei Auktionen, denn zumeist ist vereinbart, dass unverkaufte Ware an den Kunden zurückgeht. Dadurch und die Konkurrenzsituation der verschiedenen Auktionshäuser ist ein Auktionsverkauf für den Einlieferer zumeist günstiger als ein Direktverkauf. Die Konditionen der Auktionshäuser sind allerdings oft nur auf den ersten Blick ähnlich. Neben der Provision im Erfolgsfall fallen oft weitere Gebühren an wie Einbringungsgebühr, Zurückziehungsgebühr, Folgerechtsabgabe, Losgebühr, Katalog- und Abbildungskosten, oft eine Fotogebühr, Transport- und Versicherungskosten, Schätzkosten, Bankgebühren, Verwahrkosten u.v.a.m. Manche Auktionshäuser sind dabei erfinderisch. Ein Vergleich lohnt sich also.



Auktion
26.11.1999
Hotel Seehof
Berlin

Fernauktion
16.12.1999

ARTEMON



Gemälde des 19. Jahrhunderts



Numismatik und Wirtschaftsgeschichte
Auktion 6. März 2019

GELDSCHEINE

MÜNZEN

WERTPAPIERE

ARTEMON

Katalogbeispiele aus 25 Jahren Auktionsgeschichte, heute alle Kataloge in hoher Druckauflage und zusätzlich im Internet verfügbar. Wir versenden Kataloge seit über 25 Jahren kostenlos an unsere Kunden aus aller Welt.
ARTEMON Kunsthandels- und Verlagsgesellschaft, 15738 Zeuthen, Goethestr. 24

Wir kaufen an oder übernehmen für Auktionen

Wir versteigern selbst und übernehmen geeignetes Material auch für andere Internationale Auktionen.

- Münzen und Geldscheine
- Historische Wertpapiere und alles zur Geld- und Wirtschaftsgeschichte
- Kunst und Antiquitäten
- Orden und Auszeichnungen, Militaria
- Ansichtskarten und alte Fotos
- Uhren und Schmuck (auch alter Modeschmuck)



ARTEMON Kunsthandels- und
Verlagsgesellschaft mbH

15738 Zeuthen, Goethestr. 24
10317 Berlin, Frankfurter Allee 270



Kostenlose Beratung!

KLEINANZEIGEN

Für Abonnenten 5 Zeilen
kostenlos,
sonst ab 15,- €

Kaufe Opas Taschenuhr
alexpallas@gmx.de

Wer hilft mir beim Verkauf
im Internet, ebay o.ä.?

Haushaltauflösung:
Bücher, Münzsammlung
u.a. sybill21@web.de

UNTERSTÜTZUNG

für weitere Ausgaben nehmen wir gern
entgegen.

Stärken Sie Meinungsvielfalt und
Unabhängigkeit mit Ihrer Zuwendung.
Auch kleine Beträge helfen.

PANTHER

IBAN:

DE 17 7002 2200 0073 3466 81

Wie finanziert sich die Info?
Fortsetzung von Seite 1

Das PANTHER Informationsheft finanziert sich durch Anzeigen und Zuwendungen in Form von Schenkungen. Die kostenlose Verteilung erfolgt weitgehend durch PANTHER-Freunde. Wir bedanken uns bei allen, die mit ihrer Anzeige, Schenkung oder Mitarbeit dazu beitragen, unsere Anliegen und Themen, die Themen der Pantherbewegung, einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen und in die Diskussion einzubringen.

Was kann ich tun, wenn ich mich an der Diskussion beteiligen will oder die Arbeit der Pantherbewegung aktiv unterstützen möchte?

Nehmen Sie mit uns über die Redaktion oder unsere Internetseite pantherinfo.de Kontakt auf. Wir arbeiten mit Menschen aller Generationen zusammen. Jeder ist willkommen und jeder kann etwas tun.

Die deutsche Sprache selbst ist gegenwärtig verstärkt in der öffentlichen Diskussion.

Wir verwenden in der Redaktion weiter das traditionelle generalisierende Maskulinum, welches u.E. Ausdruck einer gewachsenen Sprache ist und keinerlei Rückschlüsse auf die Anerkennung der Gleichberechtigung durch den Verwender (d.h. also auch die Verwenderin) zulässt. Verwender*Innen, der, die, das anderer Meinung sind, werden bei uns aber nicht zensiert und Artikel, die uns gegendert erreichen, werden ggf. auch so abgedruckt.

Impressum:

PANTHER

Unabhängiges, durch Anzeigen und Schenkungen finanziertes Informationsblatt der Pantherbewegung.
PANTHER erscheint im Verlag der ARTEMON Kunsthandels- und Verlagsgesellschaft mbH
15738 Zeuthen, Goethestr. 24 Tel. 033762-4858-0 info@artemon.de
Sitz Berlin, AG Charlottenburg, HRB 59469
Geschäftsführer und verantwortlicher Herausgeber: Matthias Tronjeck

Redaktionskontakt: post@pantherinfo.de

Anzeigen: info@artemon.de 033762-4858-0 0176-43 88 57 57

PANTHER wird kostenlos abgegeben.

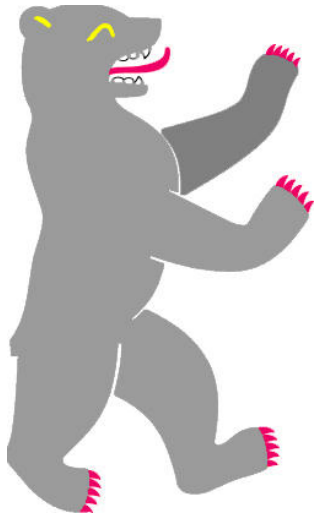
Für den Postversand berechnen wir: Gefaltet im Kompaktbrief 1,10 €, ungefaltet im Großbrief 1-8 Stück 2,20 €. Unterstützerabo: Alle Ausgaben sogleich nach Erscheinen mit Lieferung an Ihre Postanschrift in ganz Deutschland einmalig 25 Euro. Bestellungen bitte beim Verlag.

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe und Genehmigung des Herausgebers.

Für die Anzeigeninhalte sind nicht die Herausgeber, sondern die inserierenden Unternehmen verantwortlich.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20. August 2021

Generell gilt für alle Zuschriften, die bei uns gedruckt werden, dass zumindest der Redaktion der volle Name des Autors bekannt sein muss. Die Veröffentlichung kann gegebenenfalls mit Namens Kürzel erfolgen.



BERLIN WAHL

Sonntag, 26.09.2021

8.00 - 18.00 Uhr

EINTRITT FREI!

oder als Briefwahl schon jetzt
24 Stunden geöffnet



GRAUE PANTHER WÄHLEN

WICHTIGE TELEFONNUMMERN

NOTRUF		Rettung und Feuerwehr 112	
Ärztlicher Bereitschaftsdienst	116117	POLIZEI 110 Polizei-Bürgertelefon Berlin (030) 4664 - 4664 Polizei-Bürgertelefon Brandenburg 0700 3333 0331	
Zahnärztlicher Notfall	030-89004-333		
Giftnotruf	030-19240		
Sperrung von Geldkarten	116116		
Pantherhilfe Notfallnummer	0152-373 191 03		
AUSKUNFT			
Meine Familie			